

- TOP 1: Protokoll, Tagesordnung und Geschäftsordnung
- TOP 2: Jugendprojekt Bootsanleger
- TOP 3: Aktuelle (halbe) Stunde – Ihre Ideen und Anliegen aus dem Viertel
- TOP 4: Verfügungsfonds
- TOP 5: Modernisierungsmaßnahmen der *fluwog*
- TOP 6: Aktuelle Planungen und Projekte
- TOP 7: Verschiedenes

Sitzungsleitung: Mone Böcker
Protokoll: raum + prozess

TOP 1: Protokoll, Tagesordnung und Geschäftsordnung

Mone Böcker eröffnet in Vertretung für die Beiratsvorsitzende Sabine Titz und den stellvertretenden Beiratsvorsitzenden Joska Möller die Sitzung des Beirats offiziell und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Beirat ist mit 10 Stimmen beschlussfähig. Nach TOP 1 ist der Beirat mit 11 Stimmen beschlussfähig.

Das Protokoll der Beiratssitzung vom 10.06.2013 wird mit folgender Änderung verabschiedet: Da es sich um die Hamburger Turnerschaft von 1816 (und nicht der HT 16) handelt, wird im Protokoll die weibliche Form verwendet.

Verabschiedung des Protokolls:

Ja: 9 Nein: 0 Enth.: 1

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 2: Jugendprojekt Bootsanleger

2013 hat ein Jugendprojekt im Rahmen des Integrierten Entwicklungskonzeptes stattgefunden. Die Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG (BGFG) plant den Neubau eines Gebäudes am Ufer der Bille östlich des Spielplatzes (Osterbrookplatz 18). Im Zuge dessen soll ein öffentlicher Bootsanleger in diesem Bereich errichtet werden. Im Rahmen eines Jugendprojekts haben die Schülerinnen und Schüler der Klasse 7a (jetzt 8a) der Stadtteilschule Griesstraße Ideen für den Bereich des künftigen Bootsanlegers entwickelt.

Eine Gruppe von fünf Schülerinnen und Schülern besucht den Quartiersbeirat, um ausgewählte Ideen aus dem Jugendprojekt vorzustellen.

Ein Schüler fasst zunächst die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Ideen zusammen. Besonders wichtig war den Schülerinnen und Schülern demnach, dass es eine Möglichkeit gibt, direkt an das und in das Wasser zu gelangen, um in der Bille zu baden, Boot zu fahren oder auch zu angeln. In dem Bereich rund um den Bootsanleger soll es außerdem einen Treffpunkt mit bequemen Aufenthaltsmöglichkeiten geben, z.B. in Form von Bänken, Liegen oder Hängematten. Auch soll es möglich sein, dort zu picknicken oder zu grillen. Wichtig ist den Jugendlichen darüber hinaus das Thema „Spiel und Bewegung“. Hierfür soll ausreichend Raum vorgesehen werden, ggf. auch mit den angrenzenden Spielplatz ergänzenden Angeboten, wie z.B.

einem Volleyball-Feld oder einer großen Rutsche. Wünschen würden sich die Schülerinnen und Schüler auch eine Sandfläche als Spiel- und Aufenthaltsbereich (z.B. für Beach-Volleyball oder als Liegefläche). Vier Schülerinnen stellen im Anschluss ausgewählte Ideen vor. Eine Dokumentation des gesamten Jugendprojekts mit den Beschreibungen der einzelnen Modelle befindet sich im Anhang des Protokolls.

Rückfragen:

Die Anwesenden loben die Schülerinnen und Schüler für ihre vielseitigen Ideen. Da auch häufiger der Wunsch geäußert wurde, in der Bille zu baden, wird die Frage gestellt, ob die Bille überhaupt zum Baden freigegeben sei. Da es sich um eine Wasserstraße handelt, ist das vermutlich nicht der Fall. Dennoch wird gelegentlich inoffiziell in der Bille gebadet. Bzgl. der von den Schülern entwickelten Ideen ist allerdings zu prüfen, in wie weit ein Badebereich tatsächlich vorgesehen werden kann.

Bislang steht noch nicht fest, ob und welche der entwickelten Ideen für den Bereich rund um den künftigen Bootsanleger umgesetzt werden können. Das Projekt hat gezeigt, dass das Thema „Wasser“ bzw. „Aufenthaltsorte am Wasser“ für Jugendliche sehr interessant und attraktiv ist. Besonders wichtig sind ihnen die Möglichkeit, direkt an das und in das Wasser zu gelangen, bequeme Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Flächen für Bewegung und Spiel. Auch wenn noch nicht feststeht, was realisiert werden kann, wäre es wünschenswert, diese Aspekte in den Planungen für den Bereich rund um den Bootsanleger zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund spricht der Beirat folgende Empfehlung aus:

Empfehlung 02/ 2013 des Quartiersbeirats im Osterbrookviertel

Der Quartiersbeirat Osterbrookviertel empfiehlt, die von den Schülerinnen und Schülern der Stadteilschule Griesstraße im Rahmen eines über RISE finanzierten Jugendprojekts entwickelten Ideen und Vorschläge in den weiteren Planungen des Bereichs rund um den künftigen Bootsanleger an der Bille (neben dem geplanten Neubau der BGFG mit Adresse Osterbrookplatz 18) zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen.

Teilnehmervotum: Ja: 100% Nein: 0% Enthaltungen: 0%
Beiratsvotum: Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

TOP 3: Aktuelle (halbe) Stunde – Ihre Ideen und Anliegen aus dem Viertel

3.1 Geschäftszeiten des Straßenstrichs in der Süderstraße

Vicky Gumprecht spricht auf Wunsch einiger Anwohnerinnen und Anwohner das Thema „Straßenstrich“ an der Süderstraße an. Dort würden z.T. bereits ab 18 Uhr Prostituierte an der Straße stehen. Für die Anwohner und auch Besucher des Osterbrookviertels sei das Vorbeifahren am Straßenstrich unangenehm. Während Autofahrer noch über andere Strecken ausweichen könnten, bestehe diese Möglichkeit für Busfahrer nicht. Eine Verlegung des Straßenstrichs – die bereits vor einiger Zeit im Beirat diskutiert wurde – sei aus ihrer Sicht noch immer wünschenswert. Der Wunsch wäre, die Verlegung wieder stärker zwischen Behörde, Polizei und Politik zu thematisieren.

Arne Zimmermann vom Polizeikommissariat 41 (PK 41) erläutert, dass 18 Uhr als Startzeit völlig im Rahmen des mit dem Amt vereinbarten sei und auch anderswo so gehandhabt werde. Sollte eine zeitliche (und räumliche?) Verlegung angestrebt werden, müsste diese „mit großen Schritten“ über das Bezirksamt erfolgen.

Die Meinungen der Anwesenden und auch der Anwohnerinnen und Anwohner zum Straßenstrich sind sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite wird der Straßenstrich an sich als störend und als eine unangenehme Form des Gewerbes gesehen, das zu Imageproblemen für das Osterbrookviertel führen könnte. Der Start ab 18 Uhr wird auch mit Blick auf spielende Kinder als zu früh erachtet. Außerdem gebe es im Osterbrookviertel eine neue Anwohnerklientel (hauptsächlich Familien mit Kindern), die sich am Straßenstrich störe. Die Osterbrooker seien zu „leise“ und zurückhaltend und würden die jetzige Situation einfach hinnehmen. Auf der anderen Seite sei auch Prostitution ein Teil der Gesellschaft, das Osterbrookviertel könne keine „heile Insel“ sein. Kinder würden im Bereich des Straßenstrichs nicht spielen. Viele Anwohner können sich mit dem Straßenstrich arrangieren.

Herr Zimmermann merkt an, dass die Aktivitäten auf dem Straßenstrich in Verbindung mit verschiedenen Steigen in dem Bereich zurückgegangen seien. Einige Steigen seien komplett verschwunden (z.B. Hammer Deich und Borstelmannsweg), viele der Prostituierten arbeiteten nun in geschlossenen Räumen (z.B. Großbordell Babylon), und die Anzahl der Prostituierten sei in den letzten Jahren deutlich gesunken.

Es wird berichtet, dass die Prostituierten z.T. mitten auf der Fahrbahn stünden, um Kunden zu werben. Dieses sei besonders in der Dunkelheit gefährlich. Die Polizei wird gebeten hierauf zu achten, bzw. darauf hinzuweisen, dieses Verhalten zukünftig zu unterlassen.

Herr Zimmermann bietet an, Kontakt zu einem Milieufahnder und Herrn Hardege vom Ordnungsamt aufzunehmen. Diese könnten dann zu einer der kommenden Beiratssitzungen kommen. Dieser Vorschlag wird von allen befürwortet.

3.2 Spielplatzbäume

Die im Mai auf dem Spielplatz gepflanzte Knorpelkirsche ist nicht angewachsen. Ulrike Pelz hat sich bei Andreas Dürkop (MR) erkundigt und die Auskunft bekommen, dass voraussichtlich im nächsten Jahr ein Ersatz gepflanzt werden könne. Schon bei der Pflanzaktion bestand seitens des ausführenden Trägers Rückenwind e.V. die Besorgnis, dass es Probleme beim Anwachsen der Bäume geben könne, da diese nicht im Ballen geliefert wurden.

3.3 Belebte Nächte auf dem Osterbrookplatz

Andreas Klüssendorf berichtet, dass es im Sommer wieder vermehrt zu nächtlichen Feier- und Prügelszenen auf dem Osterbrookplatz gekommen sei. Z.T. wurden auch Feuerwerkskörper gezündet oder Jugendliche kletterten auf das Elbschloss-Vordach, um an die Zimmerfenster der dort lebenden Frauen zu gelangen. Jugendliche und erwachsene Männer prügeln sich bis die Polizei anrücke. Sei diese dann vor Ort, passiert nichts, bis die Streife wieder abgerückt sei – dann gingen die Szenen weiter. Es wurden auch zum wiederholten Male Farbbeutel an das Elbschloss geworfen.

Einige Anwohner haben den Eindruck, dass die Polizei ihre Anliegen nicht ernst nähme bzw. diese für die Polizei nicht wichtig seien. Herr Zimmermann bittet ausdrücklich darum, nicht zu zögern, sondern im Falle der geschilderten Vorfälle immer die Polizei zu rufen – entweder unter 110 oder durch einen Anruf direkt beim PK 41. Er weist aber auch darauf hin, dass die Polizei nur über wenig Personal verfüge, so dass schwerwiegendere Delikte prioritär behandelt würden.

Laut Aussage der Anwohner kämen 2/3 der Jugendlichen und Erwachsenen aus dem Osterbrookviertel.

Frau Gumprecht berichtet, dass bereits mehrere Taubenabwehrspikes angebracht wurden, um zu verhindern, dass Personen auf das Vordach des Elbschlusses klettern. Es wird vorgeschlagen, die Betreuer der Wohngruppe der Alida Schmidt-Stiftung, die 24 Stunden im Elbschloss vor Ort sind, stärker in die Beobachtung des Platzes einzubeziehen. Dieses könnte z.B. durch die Verlegung des Betreuerbüros zum Platz hin – wenn die Grundrisse dieses hergeben – oder eine Kameraüberwachung des Platzes erfolgen. Hierzu soll die Alida Schmidt-Stiftung noch angesprochen werden. Eine Anwohnerin sieht das Hauptproblem in der Unterbeschäftigung der Jugendlichen, diese würden sich langweilen, da es vor Ort keine Angebote für diese Altersgruppe gebe. Kameras können dieses Problem nicht lösen. Die Kameraüberwachung wird sehr kontrovers diskutiert, dieses Thema soll in einer der kommenden Sitzungen nochmals behandelt werden.

TOP 4: Verfügungsfonds

Im Verfügungsfonds Osterbrook stehen für das Jahr 2013 10.000,- Euro zur Verfügung. Daraus können kleinere Projekte für das Viertel finanziell unterstützt werden, nachdem ein Antrag bei raum + prozess eingereicht wurde. Der Beirat entscheidet über die Anträge.

Antrag 06/13 Das Osterbrookviertel erinnert sich – 70 Jahre Feuersturm
Antragsteller: Kirchengemeinde zu Hamburg-Hamm, Pastorin Marie-Luise Krüger
Gesamtsumme: 750,- €
Antragssumme: 750,- €

Erläuterung: Die Veranstaltung soll am 17. November, dem Volkstrauertag, stattfinden und wird gemeinsam vorbereitet und durchgeführt von der Dankeskirche und dem Elbschloss an der Bille. Dieser Tag eignet sich nach Meinung der Organisatoren gut, an den Feuersturm, dieses furchtbare Datum in der Geschichte auch des Stadtteils Hamm, zu erinnern.

Der Ablauf ist wie folgt geplant:

Beginn ist um 9.30 Uhr mit einem Gottesdienst zum Thema Frieden in der Dankeskirche. Von 11-13 Uhr gibt es dann im Elbschloss Möglichkeiten zum Gespräch mit einer Zeitzeugin und einem jungen Mann, der als Soldat in Afghanistan war. Geplant sind auch Dokumentationen zum Feuersturm und zur Geschichte des Quartiers. Für die Erstellung ist Frau Schill von raum + prozess angefragt. Es soll außerdem einen Büchertisch geben zum Thema. Kontakt gibt es auch zu Klassen aus der Stadtteilschule Griesstraße, die im Unterricht zum Thema arbeiten und die sich evtl. an diesem Tag beteiligen.

Abgeschlossen wird der Vormittag mit einem gemeinsamen Imbiss.

An den sogenannten Feuersturm im Juli 1943 ist in diesem Jahr in vielen Veranstaltungen in der Stadt erinnert worden. Im Stadtteil Hamm, der besonders betroffen war, sollte das auch geschehen. Es sollen Menschen angesprochen werden, die den Krieg selbst noch erlebt haben aber auch jüngere Menschen. Es soll um den Krieg gehen, die Erinnerung also aber auch um das, was daraus für den Frieden gelernt werden kann.

Es soll Raum geben für Information und Gespräche. Die Veranstaltung wird dann mit einem gemeinsamen Essen abgeschlossen.

Für geplante 35-40 Personen wird das Essen ca. 450,- Euro kosten, 300,- Euro werden für Werbung und Materialien für die Dokumentation veranschlagt.

Klärungen: Es wird auf die Sonderausstellung im Stadtteilarchiv hingewiesen und angeregt, die Veranstaltungen ggf. miteinander zu verbinden. Im Elbschloss gibt es bereits eine Ausstellung zur Geschichte und Entwicklung des Osterbrookviertels, die auch bei jüngeren Kindern (Leseratten-Club) auf Interesse stößt.

Die hohen Kosten für den Imbiss – belegte Brote, Suppe und Getränke – werden in Frage gestellt. Frau Krüger argumentiert, dass die Gemeinde einen Lieferservice aus dem Quartier beauftragen wollte, dieser aber etwas teurer sei. Dennoch habe sich die Gemeinde für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft entschieden.

Teilnehmervotum: Ja: 95% Nein: 0 Enthaltungen: 5%

Beiratsvotum: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltungen: 1
Der Beirat stimmt dem Antrag zu.

Bewilligte Mittel: 750,- €

Exkurs: „Spiel-und-Spaß-Fest“ am 7. September: Stand der Planungen

Bevor über die folgenden zwei Verfügungsfondsansträge zum Spiel-und-Spaß-Fest beschieden wird, erläutert Sina Rohlwing (raum + prozess) kurz den Hintergrund der Veranstaltung. Nachdem der Osterbrookplatz im letzten Jahr im Rahmen eines großen Festes eingeweiht wurde, soll auch in diesem Jahr wieder gefeiert werden. Das Fest findet am Samstag, den 7. September in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr auf dem Osterbrookplatz statt. Vorgesehen ist dieses Mal aber ein kleinerer, eher nachbarschaftlicher Rahmen mit vielen bunten Aktionen, die den Bewohnern Möglichkeiten aufzeigen sollen, wie der Platz genutzt werden kann. Organisiert wird das Nachbarschaftsfest von raum + prozess im Auftrag des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Hamburg-Mitte. Es beteiligen sich engagierte Anwohner und verschiedene Einrichtungen aus dem Stadtteil – die Kita Osterbrook, die Grundschule Osterbrook, der Jugendtreff Hamm e.V. – und alle im Beirat vertretenen politischen Parteien mit Angeboten, wie z.B. Dosenwerfen, Sackhüpfen, Eierlaufen, Riesemikado, Gummitwist, Hüpfkästchen, Boule, Riesenseifenblasen, Buttonmaschine,... Es wird eine Kinderolympiade geben. Jedes Kind, das an der Kinderolympiade teilnimmt, erhält einen kleinen Preis (Seifenblasen oder Murmeln). Außerdem erhält jedes Kind Obst, ein Stück Kuchen und ein Getränk gratis. Für das leibliche Wohl ist mit einem großen Kaffee- und Kuchen-Buffer gesorgt, dass wie bereits beim Flohmarkt von Herrn Klüssendorf und Herrn Weiler betreut wird. Frau Heepen ist wieder mit dem Leseratten-Stand und einem Smoveys-Bewegungsangebot vertreten. raum + prozess sammelt auf einer Ideenwand Anregungen, welche Spiele ohne großen Aufwand auf dem Platz gespielt werden könnten. Darüber wird über die Arbeit des Quartiersbeirats informiert.

Ein großer Dank geht an alle Beteiligten, die das Fest durch ihre Angebote möglich machen sowie auch in diesem an die BGFG und die *fluwog*, die das Fest durch die Öffnung des Elbschlusses bzw. eine Spende unterstützen.

Antrag 07/13 Kuchen, Getränke & Kaffeemaschine für das Spiel-und-Spaß-Fest

Antragsteller: Andreas Klüssendorf

Gesamtsumme: 283,55 €

Antragssumme: 283,55 €

Erläuterung: Am 7. September 2013 findet nachmittags auf dem Osterbrookplatz ein Spiel-und-Spaß-Fest für die Anwohnerinnen und Anwohner statt. Das Fest bietet verschiedenste Sportspiele und Aktivitäten für Jung und Alt und soll zeigen, wie ein öffentlicher Platz genutzt werden kann. Es beteiligen sich verschiedene Einrichtungen aus dem Quartier – die Kita Osterbrook, die Grundschule Osterbrook, der Jugendtreff Hamm e.V. – Vertreterinnen und Vertreter des Quartiersbeirates sowie verschiedene politische Parteien. Die BGFG und die *fluwog* unterstützen das Fest z.B. durch den Aushang von Hinweisflyern in den Treppenhäusern. Die Organisation erfolgt durch raum + prozess im Auftrag des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung.

Im Rahmen des Festes soll es auch ein Kaffee- und Kuchen-Buffer geben. Kaffee, Tee und sonstige Ausstattung (Teller, Servietten, Gabeln, etc.) stehen noch vom diesjährigen Nachbarschaftsflohmarkt zur Verfügung. Kuchen, Wasser und Saft müssen noch angeschafft werden. Außerdem muss eine Profikaffeemaschine angemietet werden. Der Verkauf erfolgt durch Beiratsmitglieder. Die Einnahmen fließen zurück in den Verfügungsfonds. Kinder bis zu einem Alter von 14 Jahren erhalten ein Stück Kuchen und ein Getränk gratis.

Die Kosten schlüsseln sich wie folgt auf:

Butterkuchen (80 St.): 72,- Euro (0,90 Euro pro St.)

Obstkuchen (80 St.): 108,- Euro (1,35 Euro pro St.)

Getränke (Wasser und Saft): 50,- Euro

Kaffeemaschine: 53,55 Euro

Gesamt: 283,55 Euro

Teilnehmervotum: Ja: 98% Nein: 0% Enthaltungen: 2%

Beiratsvotum: Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0
Der Beirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Bewilligte Mittel: 283,55 €

Antrag 08/13 Preise für die Kinderolympiade beim Spiel-und-Spaß-Fest

Antragsteller: Gabriele Heepen

Gesamtsumme: 113,90 €

Antragssumme: 113,90 €

Erläuterung: Am 7. September 2013 findet nachmittags auf dem Osterbrookplatz ein Spiel-und-Spaß-Fest für die Anwohnerinnen und Anwohner statt. Das Fest bietet verschiedenste Sportspiele und Aktivitäten für Jung und Alt und soll zeigen, wie ein öffentlicher Platz genutzt werden kann. Es beteiligen sich verschiedene Einrichtungen aus dem Quartier – die Kita Osterbrook, die Grundschule Osterbrook, der Jugendtreff Hamm e.V. – Vertreterinnen und Vertreter des Quartiersbeirates sowie verschiedene politische Parteien. Die BGFG und die fluwog unterstützen das Fest z.B. durch den Aushang von Hinweisflyern in den Treppenhäusern. Die Organisation erfolgt durch raum + prozess im Auftrag des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung.
Im Rahmen des Festes wird eine Kinderolympiade durchgeführt. Hierbei erhält jedes Kind eine Stempelkarte auf der jeweils eine Aktion pro Anbieter vermerkt ist. Nach Teilnahme an den verschiedenen Aktionen werden diese auf der Karte abgestempelt. Bei vollständig ausgefüllter Karte erhält jedes Kind einen kleinen Preis und ein Stück Obst (Apfel o.ä.).

Die Kosten schlüsseln sich also wie folgt auf:

Murmeln: 43,40 Euro

Seifenblasen: 50,50 Euro

Obst: 20,00 Euro

Gesamt: 113,90 Euro

Teilnehmervotum: Ja: 98% Nein: 0% Enthaltungen: 2%

Beiratsvotum: Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0
Der Beirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Bewilligte Mittel: 113,90 €

Antrag 09/13 Smovey Vibroswing

Antragsteller: Gabriele Heepen für Christa Soares Leitao

Gesamtsumme: 770,-- €

Antragssumme: 770,-- €

Erläuterung: Für die wöchentliche Frauengymnastik (Montagnachmittag im Schadesweg 22) sollen spezielle Sportgeräte angeschafft werden, die Smovey Vibroswings. Die Smovey Vibroswings würden den älteren Damen zur Erhaltung der Beweglichkeit und der Ge-

sundheit sehr gut tun. Die Smoveys (10 Paare) kosten insgesamt 750 Euro, 20 Euro fallen für den Versand an.

Teilnehmervotum: Ja: 100% Nein: 0% Enthaltungen: 0%

Beiratsvotum: Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0
Der Beirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Bewilligte Mittel: 770,-- €

Für 2013 stehen im Verfügungsfonds nun noch Mittel in Höhe von 5.393,61 Euro zur Verfügung.

TOP 5: Modernisierungsmaßnahmen der *fluwog*

Maren Nehls, FLUWOG NORDMARK eG, berichtet über die Modernisierungsmaßnahmen der Genossenschaft in den Jahren 2012 und 2013. Ziel der Modernisierung ist das Einsparen von Heizenergie. Hierzu wurden in den Gebäuden in der Wendenstraße 463, 463 a + b und 465 umfangreiche Dämmmaßnahmen durchgeführt, die Haustüren erneuert und auch das Isolierglas ausgetauscht. Zur Heizunterstützung wurde zusätzlich eine Solaranlage installiert. Darüber hinaus wurden zusätzliche Balkone über dem Mittelkanal angebracht. Die Kosten der Maßnahme betragen insgesamt rd. 1,55 Mio. Euro, werden aber nur zu einem Teil an die Nutzer (Mieter) weitergegeben.

Eine Absenkung der Heizkostenvorauszahlung ist laut Auskunft von Frau Nehls nicht möglich, da noch nicht abgeschätzt werden kann, wie sich die Dämmmaßnahmen auf die Heizkosten auswirken werden. Außerdem sei absehbar, dass die Energiekosten auch zukünftig weiter steigen, somit würde zumindest eine Kostensteigerung für die Mieter eingedämmt. Ein barrierefreier Umbau der Wohnungen (z.B. Badsanierung) sei nicht erfolgt, allerdings seien die Erdgeschosswohnungen schwellenfrei zugänglich.

TOP 6: Aktuelle Planungen und Projekte

6.1 Kurzer Rückblick auf den Nachbarschaftsflohmarkt am 15. Juni

Am Samstag, den 15. Juni hat auf dem Osterbrookplatz ein Nachbarschaftsflohmarkt stattgefunden. Es gab 15 Standanmeldungen, als Standgebühr wurde eine Kuchenspende erbeten. Frau Heepen hat an einem Stand Bücher gegen eine Spende für den Leseratten-Club abgegeben und gleichzeitig den Beiratsflyer und die Quartiersbroschüre verteilt. Herr Klüssendorf und Herr Weiler haben, unterstützt durch das Team von raum + prozess, den Kaffee- und Kuchenverkauf übernommen.

Mone Böcker war bereits ab 10 Uhr vor Ort und hat gemeinsam mit einigen freiwilligen Helfern die Grandfläche von Müll und Unkraut befreit, damit diese wieder – z.B. zum Boule-Spielen – genutzt werden konnte. Der Flohmarkt war bei zunächst schönem Wetter gut besucht, wurde dann aber aufgrund eines plötzlichen Starkregenschauers nach rd. zweieinhalb Stunden abgebrochen.

Ein großer Dank geht auch an die BGFG und die *fluwog*, die den Flohmarkt durch die Öffnung des Elbschlusses bzw. eine großzügige Spende unterstützt haben.

6.2 Rundgang zu den Ergebnissen der Quartiersentwicklung: Stand der Planungen

Am Freitag, den 25.10.2013 soll am Nachmittag ein Rundgang durch das Osterbrookviertel zu den Ergebnissen der Quartiersentwicklung stattfinden. Der Rundgang erfolgt auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung des Quartiers. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch einmal das Thema Barrieren im Quartier genauer betrachtet werden. Durch einen „Wahrnehmungsspaziergang“ können Barrieren z.B. für Sehbehinderte identifiziert werden.

6.3 Bericht des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung zu ausgewählten Projekten aus dem Integrierten Entwicklungskonzept für das Osterbrookviertel

▪ *Integriertes Entwicklungskonzept für das Osterbrookviertel*

Ulrike Pelz gibt bekannt, dass das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) für das Osterbrookviertel nun veröffentlicht ist. Es wurde an alle Mitglieder des Beirates als pdf-Dokument verschickt. Außerdem kann jeder Interessierte es auf der Homepage von raum + prozess herunterladen. Sie weist darauf hin, dass finanzielle Angaben zum Vergütungsvertrag der Gebietsentwickler von raum + prozess aus Wettbewerbsgründen geschwärzt wurden. Bei einigen Projekten sind darüber hinaus keine Angaben zur Finanzierung gemacht, da diese im unverbindlichen Teil des Integrierten Entwicklungskonzeptes abgebildet sind und hier die Finanzierung noch nicht feststeht.

▪ *Gespräch mit der Osterbrookschule zur Schulhofgestaltung*

Das Projekt „Schulhofgestaltung für die Osterbrookschule“ ist Teil des IEK. Es können voraussichtlich bis zu 100.000,- Euro aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) zur Verfügung gestellt werden, wenn diese durch mindestens 50% andere Mittel gegenfinanziert werden.

Am 19. August hat ein Gespräch an der Osterbrookschule mit dem kommissarischen Schulleiter Erhard Müller, Ulrike Pelz vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), der Schulbau Hamburg (SBH) und raum + prozess stattgefunden. In dem Gespräch ging es um die Finanzierung der Maßnahme und Gestaltungsideen für den Schulhof. Durch das Vorziehen verschiedener Maßnahmen (z.B. Sielbauarbeiten), die ohnehin in den kommenden Jahren stattfinden sollen, können ggf. ausreichend Gelder zur Gegenfinanzierung bereit gestellt werden. Sobald die Finanzierung gesichert ist, kann mit der Planung begonnen werden. Da der Wunsch besteht, dass Stadtteilentwicklungsmittel (RISE) zur Verfügung gestellt werden und der Schulhof auch außerhalb der Schulzeiten als Spielfläche geöffnet ist, soll eine Beteiligungsaktion zur Gestaltung durchgeführt und der Beirat kontinuierlich über die weitere Entwicklung informiert werden.

Herr Müller berichtet, dass sich eine schulinterne Arbeitsgruppe bereits Gedanken zur Schulhofgestaltung gemacht und verschiedene Ideen gesammelt habe. So sollte bspw. der kleine Fußballplatz einen Hartgummiuntergrund erhalten, ein Großteil der Fläche entsiegelt und ein Bereich mit Schaukeln vorgesehen werden.

▪ *Verschiedenes*

Ulrike Pelz weist darauf hin, dass die Poller auf dem Osterbrookplatz installiert wurden und die Maßnahme nun abgeschlossen sei. Außerdem wurden auf dem Spielplatz ein Sonnensegel versetzt und zwei weitere installiert, um vor allem im Kleinkindbereich mehr Schatten zu spenden.

6.4 Sozialberatung für Senioren und Menschen mit Behinderungen und Bewegungsangebot

Zukünftig wird einmal wöchentlich – immer dienstags – eine Sozialberatung für Senioren und Menschen mit Behinderungen im Elbschloss an der Bille angeboten. Dieses ist ein RISE-Projekt und wird anteilig mit Mitteln aus der Stadtteilentwicklung gefördert. Den anderen Teil trägt die BGFG. Bereits jetzt gibt es ein Beratungsangebot für Senioren, das von Reinhild Esch, Seniorenberaterin der AWO, durchgeführt wird. Laut Auskunft von Frau Gumprecht wird Frau Esch zukünftig auch Hausbesuche und ein regelmäßiges Kaffeeangebot für die erweiterte Zielgruppe anbieten.

Darüber hinaus gibt es im Elbschloss jetzt ein Bewegungsangebot für Senioren in Kooperation mit dem SC Hamm, das sehr gut angenommen wird.

7.1 Beschluss der Bezirksversammlung

Mit der Einladung zur Beiratssitzung haben alle Beiratsmitglieder einen Beschluss der Bezirksversammlung zu den Beiratsstrukturen in Hamburg-Mitte erhalten. Unter anderem das nun eingeführte Einholen des Teilnehmersvotums vor jedem Beiratsbeschluss ist ein Ergebnis des Beschlusses. Das Dokument hängt dem Protokoll an.

7.2 Resolution des Stadtteilbeiräte-Netzwerks

Bereits im Oktober 2012 wurde die erste Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte formuliert und beschlossen. Die Resolution wurde von zahlreichen Stadtteilbeiräten, Organisationen und Vereinigungen sowie Einzelpersonen unterzeichnet. Auch die Hamburger Politik hat sich mit der Resolution und darüber hinaus mit Partizipation und der Bedeutung der Hamburger Stadtteilbeiräte befasst. Anträge zur finanziellen Absicherung der Beiräte wurden aber bisher abgelehnt. Die bisherige Haltung der Politik gibt vor, dass Beiräte nur dann unterstützt werden, wenn es ein behördliches Förderprogramm gibt, sie also mit Ende der Förderlaufzeit auslaufen. Nach Ablauf der Förderung sollen im besten Falle „selbsttragende Strukturen“ entstanden sein, ein Gremium also, das auch ohne städtische Unterstützung fortbesteht. Die Aktivisten des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte bezweifeln, dass solche selbsttragenden Strukturen dauerhaft fortbestehen können und – ohne Unterstützung – Gehör in Politik und Verwaltung finden. Auch der Erhalt von Verfügungsfonds zur Unterstützung kleinerer Projekte in den Stadtteilen wird als äußerst wichtig angesehen. Die Unterzeichner der Resolution fordern daher:

- die Schaffung eines Etatpostens „Stadtteilbeiräte“ im Hamburger Haushalt unabhängig von Förderprogrammen
- den Erhalt und die Verstetigung bestehender Beiräte mit entsprechender Ausstattung
- auf Wunsch die zusätzliche Einrichtung von Beiräten in weiteren Stadtteilen
- Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Beiräten
- Initiativrecht, Einbindung und Beteiligung der Beiräte
- die gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Beteiligungsstrukturen

Die Initiative hat darum gebeten, die Resolution in die Beiräte einzubringen und zu debattieren. Wer die Resolution unterzeichnen möchte, kann sich direkt an Herrn Dr. Kerstan oder Herrn Joho wenden.

Die Resolution wird inhaltlich kontrovers diskutiert. Zum Einen wird die These, Bürgerbeteiligung sei ohne Förderung und selbsttragende Strukturen somit nicht möglich, angezweifelt. Auch die Befürchtung bei der Neugründung eines Quartiersbeirats vom Wohlwollen der Politik abhängig zu sein, sei unbegründet. Zum Anderen wird auf das Hauptanliegen der Resolution verwiesen – die Ausweitung und Verstetigung der Beiräte. Nicht alle notwendigen Projekte und Maßnahmen könnten innerhalb der Förderlaufzeit bewegt werden. Auch seien in vielen Hamburger Stadtteilen die Voraussetzungen für die Schaffung selbsttragender Strukturen nicht gegeben.

Noch kann keine Auskunft darüber erteilt werden, wie breit die Unterstützung für die zweite im Vergleich zur ersten Resolution ist. Es wird angeregt, bzgl. der Unterzeichnung wie zuvor bei der ersten Resolution zu verfahren – jedem Beiratsmitglied steht es frei die Resolution zu unterzeichnen, der Beirat wird aber nicht als Gremium zustimmen.

Hierzu ergeht folgender Beschluss:

Der Beirat stimmt nicht über die zweite Resolution des Netzwerks der Hamburger Stadtteilbeiräte als Gesamtgremium ab, sondern es wird jedem Beiratsmitglied freigestellt, die Resolution persönlich zu unterzeichnen.

Teilnehmersvotum: Ja: 95% Nein: 0% Enthaltungen: 5%

Beiratsvotum: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltungen: 1

7.3 Besuch einer dänischen Delegation

Ingo Theel, BGFG, berichtet vom Besuch einer 40-köpfigen Delegation dänischer Wohnungsgenossenschaften im Osterbrookviertel. Die Besucher fanden insbesondere die Arbeit des Quartiersbeirats bemerkenswert. Darüber hinaus wurden auch das Elbschloss und das Engagement der Träger und Anwohner im Allgemeinen anerkannt.

7.4 Vorschläge für den Verfügungsfonds

Ulrike Pelz weist darauf hin, dass noch Geld im Verfügungsfonds ist. Am 11. November findet die letzte Beiratssitzung des Jahres statt, dieses ist die letzte Möglichkeit, 2013 Gelder aus dem Verfügungsfonds zu erhalten.

Vicky Gumprecht hat bereits zwei Anfragen für Verfügungsfondsansträge erhalten. Gebraucht werden Nähmaschinen für einen Nähkurs im Elbschloss sowie eine Aufwandsentschädigung für eine Frau, die ein Bewegungsangebot für junge Mädchen im Schadesweg anbieten möchte. Maren Nehls schlägt vor, ggf. auch eine Weihnachtsausfahrt – analog des letzten Jahres – zu organisieren. Auch diese könnte aus dem Verfügungsfonds finanziert werden. Angesichts der fehlenden Angebote für Jugendliche könnte auch hier ein Projekt mit Geldern aus dem Verfügungsfonds unterstützt werden.

Termine

**Die nächste Beiratssitzung findet
am Montag, 11. November 2013
um 18.30 Uhr
im „Elbschloss an der Bille“ statt.**

Verfügungsfondsansträge können bis zum 1. November 2013 bei raum + prozess eingereicht werden.

Protokoll: Sina Rohlwing, raum + prozess, in Abstimmung mit Ulrike Pelz, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Hamburg-Mitte.

Geschäftsführung:

raum + prozess

kooperative planung und stadtentwicklung
mone böcker

Kontakt: Mone Böcker, Sina Rohlwing

Tel.: 040 - 39 80 37 91

Email: mail@raum-prozess.de

Veranstalter:

Bezirksamt Hamburg-Mitte

Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Kontakt: Ulrike Pelz

Tel.: 040 - 42854 - 4511

Email: ulrike.pelz@hamburg-mitte.hamburg.de

Anlagen:

- Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- Dokumentation des Jugendprojekts (separates Dokument)
- Interfraktioneller Antrag zu den Beiratsstrukturen in Hamburg-Mitte
- Zweite Resolution des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte

30. Sitzung des Quartiersbeirates am 05. September 2013 – Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Baustian, Bernd	Bewohnervertreter im Beirat
Böcker, Mone	raum + prozess
Busch, Hermann	
Busch, Hildegard	
Fisch, Marion	Die Linke
Gumprecht, Vicky	Elisabeth-Kleber-Stiftung
Halstenberg, Nina	Kita Osterbrook
Heepen, Gabriele	Bewohnervertreterin im Beirat
Herkenrath, Peter	CDU
Junge, Angelika	
Klüssendorf, Andreas	Bewohnervertreter im Beirat
Krause, Olaf	SC Hamm v. 1902 e.V.
Krüger, Marie-Luise	Pastorin, Kirchengemeinde zu Hamburg-Hamm
Lange, Ingo	NimmBus
Dr. Mehrstedt, Mats	SC Hamm v. 1902 e.V.
Müller, Erhard	Ganztagsgrundschule Osterbrook
Müller, Heiko	SPD
Nehls, Maren	<i>fluwog</i>
Pelz, Ulrike	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
Rohlwing, Sina	raum + prozess
Rösler, Katja	
Schmidt, Thorsten	
Theel, Ingo	BGFG
Thiemann, Horst-Thomas	
Thiessen, Andreas	BGFG
Weiler, Lothar	Bewohnervertreter im Beirat
Zimmermann, Arne	Polizeikommissariat 41

Neufassung
Interfraktioneller Antrag

der Abgeordneten Kerstin Gröhn, Henriette von Enckevort, Anja Keuchel (SPD), Michael Osterburg (GRÜNE), Jörn Frommann (CDU), Bernd Ohde (FDP)
und Fraktionen
vom 23.01.2013

Beschlossene Fassung vom 24.01.2013

Betr.: Beiratsstrukturen in Hamburg-Mitte

I. Beiratsstrukturen und Bürgerbeteiligung

Der Bezirk Hamburg-Mitte praktiziert Bürgerbeteiligung in vielfältiger Weise und aus voller Überzeugung. Gerade die kontinuierliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungen ist eine unverzichtbare Ergänzung zu der Arbeit in den bezirklichen Ausschüssen durch die gewählten Bezirkspolitiker. Die stark ausgeprägte, individuelle Herangehensweise, der im Bezirk Hamburg-Mitte bislang gefolgt wird, hat bisher zu gebietsverträglichen, nachhaltigen Prozessen und einer engen Verzahnung von Kommunalpolitik und Bürgerinteressen geführt. Vor diesem Hintergrund soll an dieser Art der Beteiligung auch zukünftig festgehalten werden. Andere Beteiligungsstrukturen, wie offene Veranstaltungsreihen oder Workshops, können eine sinnvolle Ergänzung sein, die auch von ihrer Kontinuität geprägte Beiratsarbeit jedoch nicht ersetzen.

Der Bezirk Hamburg-Mitte verfügt derzeit über 20¹ Fördergebiete der Stadtteilentwicklung, in denen die programmatischen Grundlagen des Hamburgischen Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung mit oder ohne Bundesförderung in verschiedenen Programmsegmenten Anwendung finden. Hiernach wird jedes dieser Fördergebiete zunächst für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt, in dem das Entwicklungskonzept umgesetzt werden soll und dieser Prozess wird von einem Beirat, dessen Größe und Zusammensetzung nach den Anforderungen des jeweiligen Fördergebiets variiert, begleitet. Mit dem Ende eines Förderzeitraums endet – so der Grundsatz – auch die Arbeit des Beirats. Die Erfahrungen, die der Bezirk Hamburg-Mitte mit auslaufenden Fördergebieten bereits gesammelt hat, zeigen, dass eine schrittweise Reduzierung der Beiratsunterstützung anstelle eines sofortigen Abschmelzens auf Null zur Verstetigung der im Quartier entstandenen Strukturen oft hilfreich ist. Vor dem Hintergrund der mit dem Auslaufen der formellen Gebietsförderung regelmäßig nicht mehr zu erlangenden Gelder aus RISE müssen Strukturen gefunden werden, die für den Einzelfall tauglich und finanziell tragbar sind.

Auch bei knappen Ressourcen muss es möglich sein, neue Beiräte zu schaffen, wenn die örtlichen Quartiersstrukturen dies erfordern und die Beiratseinsetzung im Hinblick auf die für das Quartier politischen gesetzten Ziele und die verfolgten konkreten Entwicklungen förderlich erscheint. Gegebenenfalls hat die Beiratseinsetzung ressourcenneutral zu erfolgen; d. h. durch Einsparung an anderer Stelle, oder durch die Gewinnung externer Unterstützer. Die

¹ Es gibt formal 16 Fördergebiete sowie die 4 Schwerpunktgebiete im Entwicklungsraum Billstedt-Horn, die zwar nicht als Fördergebiet eigenständig festgelegt sind, in denen es jedoch eigenständige Entwicklungskonzepte und Quartiersbeiräte gibt. Aktuell gibt es 14 Beiräte mit RISE-Bezug, ein weiterer ist in Gründung. Darüber hinaus gibt es seit Januar 2013 zwei Beiräte ‚Nach-RISE‘, für die bereits eine neue Struktur und modifizierte Aufgaben gelten. In 4 Gebieten ist in 2013 Erörterungsbedarf bezüglich einer zukünftigen Struktur / Neuausrichtung für die Zeit nach der RISE-Förderung gegeben, für ein Gebiet ist dies bereits geklärt. In 3 Gebieten besteht kein Bedarf für einen eigenständigen Beirat.

Bezirksversammlung kann entscheiden, für die Arbeit eines Beirats Gelder aus den ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln einzusetzen. Bietet ein Quartier Aussicht auf weitestgehend selbsttragende Strukturen bereits bei der erstmaligen Einsetzung eines Beirats, soll dies entsprechend gefördert werden.

Die finanzielle Unterstützung eines Beirats durch Dritte berechtigt diese nicht, auf die Inhalte der Beiratsarbeit Einfluss zu nehmen.

II. Aufgaben und Struktur der Beiräte

Die Aufgabe aller Beiräte besteht darin, einzelne Projekte und stadtteilentwicklungspolitische Vorhaben in einem Quartier niedrigschwellig in der Planung und Umsetzung zu begleiten. Dazu werden sie in die dafür erforderlichen Kommunikationsstrukturen eingebunden.

Beiräte können außer auf der Grundlage von Senatsdrucksachen und übergeordneten Programmen auch durch einen Beschluss der Bezirksversammlung eingesetzt oder die Weiterführung einer Bürgerbeteiligung nach Ende der Beiratslaufzeit beschlossen werden.

1. Laufzeit:

- Die Laufzeit eines durch einen Beschluss der Bezirksversammlung neu eingesetzten Beirats beträgt drei Jahre; bei besonderen örtlichen Erfordernissen kann sie länger bemessen werden.
- Die Weiterführung einer Beteiligungsstruktur nach dem Ende einer Beiratslaufzeit durch Beschluss der Bezirksversammlung beträgt jeweils maximal drei Jahre.

2. Besetzung und Empfehlungsrecht:

Die in Hamburg-Mitte bestehenden Beiräte sollen sich in ihren Grundstrukturen ähneln. Hierbei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Jeder Beirat benötigt eine ausgewogene Zusammensetzung aus den verschiedenen Akteuren vor Ort, in einem für das jeweilige Gebiet geeigneten Zuschnitt (z. B. Bewohner, Vereine, Gewerbetreibende, Institutionen, Grundeigentümer).
- Als Richtwert für die Größe eines Beirats sollen 12 Personen zzgl. den Fraktionen gelten. Von diesen 12 Personen macht die Gruppe der Bewohner nach Möglichkeit mindestens 51% aus.
- Die Politik beteiligt sich an den Beiräten.
- Die Beiräte haben ein Empfehlungsrecht an die Bezirksversammlung, das grundsätzlich über den Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung ausgeübt wird. Aus sachlichen oder terminlichen Gründen können Beiratsempfehlungen in anderen Ausschüssen behandelt werden. Der WS-Ausschuss soll in diesen Fällen in seiner folgenden Sitzung Kenntnis bekommen.

3. Verfahrensweisen:

Die Arbeit der Beiräte soll effektiv und transparent sein. Folgende Verfahrensweisen sind einzuhalten:

- Die Beiräte tagen öffentlich. Alle im Plenum Anwesenden haben Rede- und Antragsrecht.
- Jeder Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Hierfür wird eine Mustergeschäftsordnung erstellt und vom Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung beschlossen. Die Geschäftsordnung definiert auch das Tätigkeitsfeld eines Beirats.
- Die in einen Beirat gewählten oder für ihn benannten Personen sollen sich ihrer Verantwortung für das Quartier entsprechend kontinuierlich an den Sitzungen beteiligen.
- Die Beiräte werden durch das zuständige Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung inhaltlich und konzeptionell unterstützt. Das Fachamt gibt insbesondere zu überge-

ordneten und grundsätzlichen Fragestellungen seine Expertise ab, um den Beiräten eine fachliche Entscheidungsgrundlage zu geben.

- Über Empfehlungen und Ersuchen, die der Beirat an einen Ausschuss der Bezirksversammlung oder eine sonstige Institution abgeben will, stimmt der Beirat ab. Abstimmungen erfolgen im Plenum (alle Anwesenden) und unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Beirats. In den Vorlagen für den zuständigen Ausschuss der Bezirksversammlung wird zudem kenntlich gemacht, wie die Gruppe der anwesenden Fraktionsvertreter im Beirat abgestimmt hat.
- Im Beirat wird über den Fortgang seiner Empfehlung oder seines Ersuchens berichtet. Die Frist hierfür bestimmt die Geschäftsordnung in Abhängigkeit von dem Sitzungsturnus des Beirats.
- Die Sitzungsergebnisse werden protokolliert. Die Protokolle sind öffentlich. Näheres bestimmt die Geschäftsordnung.

Bei einer Weiterführung bestehender Beteiligungsgremien müssen die Dauer und Intensität einer Nachsorgephase abhängig von der Größe und soziokulturellen Prägung des Gebiets, der Dauer der vorangegangenen Gebietsförderung und dem Grad der Zielerreichung auf Basis des Entwicklungskonzepts bestimmt werden. Zu berücksichtigen sind insbesondere:

- Das Ziel selbsttragender Organisationsstrukturen eines Beirats, d. h. die Übernahme vollständiger Eigenverantwortung der Anwohnerinnen und Anwohner bzw. der weiteren Vertreter für ihr Quartier
- Das Maß, in dem der Beirat zu der bisherigen positiven Entwicklung des Quartiers beigetragen hat
- Die in dem Gebiet bereits verwirklichten Projekte
- Der Umfang, in dem Projekte noch fortgeführt oder neu entwickelt werden sollen und auch in einem mittelfristigen Zeitraum umgesetzt werden können
- Ein Verfügungsfonds kann weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung von Eigeninitiativen aus dem Quartier sein. Hierüber ist im Einzelfall zu entscheiden; auch vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit.

Dabei sollen insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt werden:

- Eine umfassende Betreuung durch eine externe Gebietsbetreuung (Entwicklungs-, Planungsbüros etc.) soll nur im Einzelfall fortgeführt werden.
- Eine fortdauernde Unterstützung durch das Bezirksamt / Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung vor allem durch fachliche Expertise soll in angemessenem Umfang weiter bestehen.
- Die weiter zu erbringenden Leistungen können aufgrund einer den Anforderungen des Einzelfalls entsprechenden Beauftragung durch das Bezirksamt/ Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung in Abstimmung mit der Bezirksversammlung extern in Auftrag gegeben werden.

Maßgabe für jede Entscheidung hinsichtlich der Weiterführung einer Beteiligungsstruktur ist die dezidierte Vorlage eines durch den Beirat erarbeiteten Konzeptes. In diesem werden seine zukünftigen Aufgaben und Handlungsfelder definiert. Das einzureichende Konzept berücksichtigt alle vorgenannten Maßgaben, Grundsätze und Verfahrensweisen. Es dient als Beurteilungsgrundlage für den Beschluss der Bezirksversammlung.

Die Bezirksversammlung bzw. der zuständige Ausschuss beschäftigt sich spätestens sechs Monate vor dem Ende einer Beiratslaufzeit mit der Weiterführung eines Beteiligungsprozesses.

Die Bezirksversammlung wird um Beschlussfassung gebeten.

Informationen erteilen:

Dr. Martin Kersting

Über JETZT

Gründungsstraße 22

22309 Hamburg

040/631 49 89

m.kersting@alraune-hamburg.de

Michael Joho

Einwohnerverein St. Georg v. 1987 e.V.

p.A. Hansaplatz 9

20099 Hamburg

040/280 37 31

info@ev-stgeorg.de

Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte in Hamburg, vom 16.7.2013

Im Oktober 2012 hatten das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und AktivistInnen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt die „Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte“ formuliert und beschlossen. Innerhalb kurzer Zeit unterzeichneten rund 20 Stadtteilbeiräte, diverse mit Stadtteilfragen befasste Organisationen und Vereinigungen sowie mehr als 50 Einzelpersonen die Resolution. Auch in die Hamburger Politik hat das Anliegen Eingang gefunden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte im November/Dezember 2012 haben gleich mehrere Bürgerschaftsfraktionen Anträge zur besseren finanziellen Absicherung der Stadtteilbeiräte in Hamburg gestellt. Doch diese Anträge wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Wir begrüßen die auch von der Hamburger Politik vermehrt geführte Diskussion um die Partizipation im Allgemeinen und die Bedeutung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte im Besonderen. Schließlich geht es um nichts weniger als das Funktionieren unserer Metropolgesellschaft im 21. Jahrhundert, die mehr BürgerInnenbeteiligung und Stadtteildemokratie denn je erforderlich und sowieso wünschenswert macht.

Doch die Realität sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Hamburger Stadtteilbeiräte wird 2013/14 auslaufen, hier und da vielleicht noch um die kurze „Nachsorgephase“ von einem Jahr verlängert. Die Ursache: Der Senat hält daran fest, dass solche Beteiligungsgremien nur dann eingerichtet und finanziell unterstützt werden, wenn und solange das betreffende Gebiet in ein behördliches Förderprogramm eingebunden ist. Ohne Förderprogramm keine BürgerInnenbeteiligung, so die gegenwärtige Senatsphilosophie.

Die Beiräte sind im Wesentlichen an das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gekoppelt. Dieses sieht eine Stadtteolförderung inklusive Beteiligungsgremien immer nur für einige wenige Jahre vor. Hier und da entscheiden allerdings auch Wohlwollen und Interessenslage der parlamentarischen Mehrheiten über die Einrichtung eines neuen Stadtteilbeirats, wie die Beispiele St. Pauli (wurde abgelehnt) und HafenCity (soll kommen) im Bezirk Mitte veranschaulichen.

Natürlich stellt niemand die BürgerInnenbeteiligung, nicht einmal die Beiratsstrukturen grundsätzlich infrage. Doch wenn es um die Verstetigung oder gar Ausweitung der Stadtteilbeiräte, also um die finanzielle Absicherung, die professionelle Begleitung und die daraus resultierende Wertschätzung von Politik und Verwaltung geht, dann kneifen die Verantwortlichen. Von „selbsttragenden Strukturen“ als Ziel für die Beiratsarbeit ist beim Senat neuerdings gehäuft die Rede, also davon, dass sich gerne Menschen vor Ort zusammensetzen könnten, um ihre Stadtteilbelange zu besprechen, aber eben ohne städtische Unterstützung...

Wie die Erfahrung zeigt, ist es ausgesprochen schwierig, ja meist unmöglich, ein selbstorganisiertes und vor allem selbstfinanziertes vergleichbares Gremium auf Dauer zu halten. Durch das Fehlen eines Stadtteilbüros oder anderer Stellen, welche sich um die Organisations- und Vermittlungsarbeit kümmern, wird das Engagement von ehrenamtlichen Beiräten überfordert. Zudem findet ein solch „freiwilliger“ Zusammenschluss in der Regel nicht das Gehör bei Politik und Verwaltung, wie ein im bezirklichen und städtischen Leben verankerter Stadtteilbeirat. Wer es ernst meint mit BürgerInnenbeteiligung und Demokratie vor Ort kommt also um abgesicherte, d.h. politisch gewollte und finanziell geförderte Beiratsstrukturen nicht herum. Und dazu gehören nicht zuletzt die Verfügungsfonds, mit denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen spürbar gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die UnterzeichnerInnen der Resolution:

1. Entkoppelung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte von RISE- oder anderen Förderprogrammen, stattdessen Schaffung eines eigenen Etatpostens „Stadtteilbeiräte“ im nächsten Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Erhalt und Verstetigung aller existierenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte mit der entsprechenden finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung überall dort, in denen dieser Wunsch geäußert wird
4. Verankerung von Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten
5. Initiativrecht und regelhafte, frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Stadtteilbeiräte, z.B. bei Planungsverfahren
6. Gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Beteiligungsstrukturen und Mitwirkungsrechten auf Stadtteilebene

Erste Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte, vom 4.10.2012

Das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und einzelne AkteurInnen bzw. UnterzeichnerInnen aus dem Netzwerk „Recht auf Stadt“ begrüßen das Bekenntnis des Senats zur Förderung eines eigenständigen Stadtlebens: *„Zentrales Anliegen ist es, ein eigenständiges Stadtleben zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, an vorhandenen örtlichen Potenzialen anzuknüpfen und die Bewohner/innen zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.“* (Senatsdrucksache 20/4846 vom 4.9.2012, S. 2). Sanierungs- und Quartiersbeiräte und vor allem die Stadtteilbeiräte haben sich in den vergangenen Jahren in vielen Stadtteilen als sehr gut geeignete, wenn auch noch ausbaufähige Instrumente erwiesen, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu artikulieren und zu transportieren.

Deshalb empfinden es die UnterstützerInnen dieser Resolution als ausgesprochen bedauerlich, dass seitens des Senats keine Überlegungen angestellt werden, die Beteiligungsgremien über die Förderdauer des jeweiligen Quartiers hinaus zu verstetigen (vgl. Senatsdrucksache 20/4846, Antwort auf die Fragen 21 und 22, S. 13 f.). Aus der Anlage zu der erwähnten Drucksache geht hervor, dass rund ein Drittel der Fördergebiete in den Jahren 2012 und 2013 auslaufen werden, ohne dass ein Ersatz dafür vorgesehen ist. Dies wäre ein herber Rückschlag für die allseits als unverzichtbar gepriesene Bürgerbeteiligung.

Vor allem in sozial und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen sollen dadurch nicht zu kompensierende Verluste im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Partizipation hingenommen werden. Die organisatorisch-bürokratische Arbeit wie Abhaltung von ordnungsgemäßen Beiratwahlen, Einladungen zu den Beiratssitzungen, Erstellung der Tagesordnungen, Protokollführung und –versand, Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Institutionen usw. ist aber mit einer rein ehrenamtlichen Tätigkeit nur sehr schwer, auf Dauer gar nicht zu leisten. Somit wären gerade die sozial benachteiligten Quartiere durch das Auslaufen der Förderung und die faktische Beendigung der Bürgerbeteiligung in einem besonderen Maße betroffen. Im Übrigen halten wir Beteiligungsstrukturen überall dort, wo erwünscht, für erforderlich.

Bürger und Bürgerinnen vor Ort würden eine wichtige Informationsquelle und Ebene der institutionalisierten Beteiligung verlieren, Politik und Verwaltung würden sich durch den Verzicht auf Verstetigung des Instrumentariums Stadtteilbeirat einer wichtigen Entscheidungshilfe berauben. Eine größere Kompetenz in Quartiersfragen als die der Bewohnerinnen und Bewohner wird vielfach nicht zu finden sein. Ohne diese Gremien wächst die Gefahr bürgerferner Entscheidungen mit den bekannten Folgen der Staatsverdrossenheit und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Wenn es dem Senat also ernst ist mit der Förderung eines *eigenständigen Stadtlebens* und der Stärkung des *sozialen Zusammenhanges*, so müssen Wege gefunden werden, die Beiräte als dauerhafte Institutionen im politischen Leben der Freien und Hansestadt Hamburg zu verankern und finanziell abzusichern

Weitergehende Formen der Bürgerteilhabe und Selbstorganisation sowie andere demokratische Aktivitäten und Mobilisierungen von Menschen vor Ort bleiben von der Sicherung bzw. breiteren Etablierung von Stadtteilbeiräten selbstverständlich unbenommen.

Gelebte Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft!

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, 4.10.2012

UnterzeichnerInnen:

Stadtteilbeirat Appelhoff; Barmbeker Ratschlag; Sanierungsbeirat S 1 Barmbek Nord; Stadtteilbeirat Langenfort/Barmbek-Nord; Stadtteilrat Barmbek Süd; Stadtteilrat

Dulsberg; Stadtteilbeirat Essener Straße; Stadtteilversammlung Großlohe; Stadtteilbeirat Hohenhorst; Luruper Forum; Sanierungsbeirat Mümmelmansberg; Quartiersbeirat Münzviertel; Borner Runde/Osdorfer Born; Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel; Stadtteilbeirat St. Georg; Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd; Stadtteilbeirat Steilshoop; Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg; Redaktion Stadtteilzeitung „Aktiv Wohnen“, Mümmelmansberg; Standpunkt Schanze e.V.; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Martin-Luther-King-Kirchengemeinde Steilshoop; Ortsverband Die LINKE, Steilshoop.

Susanne Alejos Padilla (Stadtteilbeirat Essener Straße); **Imke Behr** (Stellvertr. für den Einwohnerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Maximilian Bierbaum** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg); **Jan-Hendrik Blumenthal** (Sprecher Stadtteilbeirat Steilshoop); **Günther Boldt** (Stadtteilbeirat Steilshoop, stellvertr. Vorsitzender Stadtteilbeirat Quartier Appelhoff, 1. Vorsitzender GfG Steilshoop); **Verena Brachvogel** (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); **Lutz Cassel** (Vorsitzender des Beirats für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg); **Roman-Raffaele Chirico** (Bewohner Steilshoop); **Rolf Danilow** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Peter Dreller** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Sonja Engler** (Sanierungsbeirat S 1, Barmbek-Nord-Fuhlsbütteler Str., Vertreterin der Kultureinrichtungen); **Thomas Falensky** (Stadtteilversammlung Großlohe); **Marion Fisch** (Quartiersbeirat Osterbrook, DIE LINKE); **Uschi Frerich** (Stellvertr. im Stadtteilbeirat St. Georg für das Ganztagsgymnasium Klosterschule); **Volker von Garnier** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel); **Rolf-Gerd Goretzki** (Stadtteilbeirat St. Georg, ev.-luth. Kirchengemeinde); **Ingolf Goritz** (Sanierungsbeirat Karolinenviertel, St. Pauli-Nord, DIE GRÜNEN); **Uwe Grams** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Steilshoop); **Gudrun Greb** (Mitglied Stadtteilbeirat St. Georg); **Werner Hansen** (Sprecher Stadtteilbeirat Essener Straße); **Martin Heger** (Bewohner Dulsberg); **Renate Hercher-Reiß** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); **Michael Joho** (Vertreter des Einwohnervereins St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Dr. Martin Kersting** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Holger Knorr** (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); **Anastasia Kiloglou-Dora** (Vorsitzende Stadtteilbeirat Appelhoff); **Andreas Kohlen** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Klaudia Krummreich** (Bewohnerin Steilshoop); **Steffen Leipnitz** (stellvertr. Bewohnervertr. im Stadtteilbeirat St. Georg und stellvertr. Mitglied im Quartiersbeirat Münzviertel für DIE LINKE); **Peter Mandok** (Stadtteilbeirat Bergedorf Süd, DIE LINKE Bergedorf); **Maria Meier-Hjertqvist** (Sprecherin der Borner Runde); **Marc Meyer** (Vertreter im Sanierungsbeirat St. Pauli/Wohlwillstraße für MhM Hamburger Mieterverein e.V.); **Philipp Urs Meyer** (Sanierungsbeirat St. Pauli Wohlwillstraße); **Georg E. Möller** (Mitglied Standpunkt Schanze, zugewählter Bürger im Regionalausschuss 1 der BV Altona); **Jörg v. Prondzinski** (Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel); **Jens Reuter; Barbara Petersen** (Sprecherin Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Sebastian Scheffler** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Frank Schmidtsdorff** (Stadtteilbeirat Steilshoop, DIE GRÜNEN); **Manfred Schubert** (Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); **Michael Schwarz** (Stadtteilbeirat St. Georg); **Hans Joachim Seydack** (Sprecher Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Klaus-Jürgen Steinbeck** (Stadtteilbeirat Steilshoop, Delegierter im Lenkungsausschuss des HDI/Innovationsquartier); **Bernhard Stietz-Leipnitz** (Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel, DIE LINKE); **Martin Streb** (Vertreter für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Klaus Stürmann** (Vorsitzender des Quartiersbeirats Münzviertel); **Petra Thiel** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg-Mitte, Leiterin Schorsch); **Wolfdietrich Thürnagel** (Sanierungsbeirat Mümmelmansberg); **Sönke Ullrich** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Andreas Vogt** (Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Helmut Voigtland** (Stellvertr. für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Klaus Wachs** (Bewohner Steilshoop); **Sylvia Wachs** (Bewohnerin Steilshoop); **Günter Westphal** (Quartiersbeirat Münzviertel); **Ursula Witsch** (Stadtteilbeirat St. Georg); **Günther Wolff** (Stadtteilbeirat Steilshoop).